

Dr. iur. Jürg Brühwiler
Privatdozent an der Universität Bern

Die betriebliche Personalvorsorge in der Schweiz

Eine arbeits- und sozialversicherungsrechtliche Studie
zum Rechtszustand nach Inkrafttreten des BVG unter
besonderer Berücksichtigung des Verhältnisses
zwischen Personalvorsorge und Arbeitsvertrag



Inhaltsübersicht

1. Teil: Bemerkungen zum Thema und zur Arbeitsmethode

- § 1 Zum Thema
- § 2 Zur Arbeitsmethode

2. Teil: Begriff und sozialpolitische Einordnung der Personalvorsorge

- § 3 Soziale und sozialpolitische Einordnung der Personalvorsorge
- § 4 Vorsorge, Versorgung, Fürsorge, Versicherung, Sozialversicherung
- § 5 Die Personalvorsorge

3. Teil: Die Personalvorsorge in der Zeit vor dem BVG

- § 6 Geschichtlicher Abriss
- § 7 Strukturen der Personalvorsorge in der Praxis
- § 8 Die Rechtsverhältnisse innerhalb der Personalvorsorge

4. Teil: Die verfassungsrechtliche Verankerung des Drei-Säulen-Prinzips

- § 9 Entstehungsgeschichtlicher Abriss der Verfassungsrevision
- § 10 Grundzüge der Verfassungsrevision (Art. 34i^{uater} BV und Art. 11 der Übergangsbestimmungen BV)

5. Teil: Die Personalvorsorge nach dem Inkrafttreten des BVG

1. Kapitel: Werdegang und Zielsetzung des BVG sowie Grundzüge seiner Verwirklichung

- § 11 Entstehungsgeschichte des BVG und Überblick über weitere massgebende Rechtsnormen
- § 12 Zielsetzung des BVG und Grundzüge der Verwirklichung

2. Kapitel: Der Geltungsbereich des BVG

- § 13 Der sachliche Geltungsbereich des BVG
- § 14 Der persönliche Geltungsbereich des BVG
- § 15 Der zeitliche Geltungsbereich des BVG

3. Kapitel: Die organisatorische Durchführung des BVG

- § 16 Organisatorische Grundprinzipien
- § 17 Organisatorische Träger
- § 18 Das System der Mitwirkung in der paritätischen Verwaltung
- § 19 Rechtliche Ausstrahlungen aus dem System der Mitwirkung in der paritätischen Verwaltung
- § 20 Sicherheitsfonds und Auffangeinrichtung

4. Kapitel: Die einzelnen Rechtsbeziehungen unter den Vorsorgebeteiligten, mit besonderer Berücksichtigung des Verhältnisses zwischen Arbeitsvertrag und Personalvorsorge

- § 21 Die einzelnen Rechtsbeziehungen unter den Vorsorgebeteiligten
- § 22 Die Rechtsbeziehungen zwischen Arbeitsvertrag und Personalvorsorge (insbesondere Vorsorgeverhältnis)
- § 23 Die Personalvorsorge und das Wesen des Arbeitsvertrages

5. Kapitel: Die Personalvorsorge im Rahmen der schweizerischen Sozialversicherung

- § 24 Kriterien und Grenzen einer Zuordnung zur Sozialversicherung
- § 25 Einwirkungen sozialversicherungsrechtlicher Züge der Personalvorsorge auf das Arbeitsverhältnis

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	23
Literaturverzeichnis	29
Verzeichnis der Materialien	37
1. Teil: Bemerkungen zum Thema und zur Arbeitsmethode	39
§ 1 Zum Thema	39
§ 2 Zur Arbeitsmethode	43
2. Teil: Begriff und sozialpolitische Einordnung der Personalvorsorge	47
§ 3 Soziale und sozialpolitische Einordnung der Personalvorsorge	47
I. Sozial und Sozialpolitik	47
II. Soziale und sozialpolitische Gestalt der Personalvorsorge	48
1. Soziale Gestalt	48
2. Die sozialpolitische Gestalt	50
III. Die Personalvorsorge als Teil der Unternehmungspolitik	51
1. Die Personalvorsorge im Zielsystem der Unternehmung	51
2. Motive der Unternehmungspolitik im Bereich der Personalvorsorge	52
3. Notwendigkeit einer Definition und Einordnung der Personalvorsorge in die Unternehmungspolitik	54
§ 4 Vorsorge, Versorgung, Fürsorge, Versicherung, Sozialversicherung	56
I. Allgemeines	56
II. Vorsorge und Versorgung	56
III. Fürsorge	58
IV. Versicherung	61
V. Sozialversicherung	63

§ 5	Die Personalvorsorge	64
	I. Allgemeines.	64
	II. Begriffliche Merkmale und Abgrenzungskriterien	65
	1. Begünstigtenkreis	65
	a) Das «Personal» des Arbeitgebers.	65
	b) Die Angehörigen des Arbeitnehmers.	66
	c) Teilhaber und Kader juristischer Personen.	67
	d) Arbeitnehmerähnliche Personen.	67
	e) Statutarische und reglementarische Bestimmung	69
	2. Aufgabenbereich	70
	a) Allgemeiner Inhalt.	70
	b) Abgrenzung gegenüber dem Lohn oder lohnähnlichen Entschädigungen	75
	c) Abgrenzung gegenüber anderen sozialpolitisch verwandten Erscheinungen	78
	3. Zeitliches Merkmal	80
	4. Finanzielle Verbundenheit des Arbeitgebers mit der Personalvorsorge	81
	5. Organisatorische Verbundenheit des Arbeitgebers mit der Personalvorsorge?	81
	III. Definition.	82
	IV. Terminologie.	83
	3. Teil: Die Personalvorsorge in der Zeit vor dem BVG.	85
§ 6	Geschichtlicher Abriss	85
	I. Anfänge und erste gesetzliche Regelungen.	85
	II. Art. 673/674 bzw. 862 OR in der Fassung des revidierten Gesellschaftsrechts vom 18. Dezember 1936, in Kraft seit 1. Juli 1937 (Art. 673 Abs. 2-4 und Art. 862 Abs. 2-4 bis am 1. Juli 1958).	88
	III. Das Bundesgesetz vom 21. März 1958 betr. Ergänzung des Dienstvertrags und Stiftungsrechts (Wohlfahrtseinrichtungen für das Personal).	89
	IV. Die Art. 331 ff. des Bundesgesetzes vom 25. Juni 1971 über die Revision des Zehnten Titels und des Zehnten Titels bis des Obligationenrechts.	90
	V. Würdigung des Entwicklungsganges.	93
§ 7	Strukturen der Personalvorsorge in der Praxis	94
	I. Allgemeines.	94
	II. Unmittelbare Vorsorgezusage des Arbeitgebers.	95
	III. Direktversicherung des Arbeitnehmers.	97
	IV. Vorsorge durch verselbständigte Einrichtungen.	97
	1. Einrichtungen mit oder ohne Versicherungscharakter.	98
	a) Einrichtungen mit Versicherungscharakter.	98
	aa) Autonome Pensionskassen	98
	bb) Pensionskasse mit Gruppenversicherung	98

b)	Einrichtungen ohne Versicherungscharakter.	99
aa)	Spareinlegerkassen.	99
bb)	Wohlfahrtsfonds.	99
2.	Einteilung nach der Rechtsform des Vorsorgeträgers.	100
a)	Stiftung.	100
b)	Genossenschaft.	101
c)	Einrichtung des öffentlichen Rechts.	102
d)	Besondere Rechtsformen.	103
aa)	Mehrere Personalvorsorgeeinrichtungen desselben Arbeitgebers.	103
bb)	Gemeinschaftliche Personalvorsorgeeinrichtungen mehrerer Arbeitgeber (insbesondere die sog. Gemeinschafts- oder Sammelstiftung).	104
cc)	Verbandsvorsorgeeinrichtungen.	108
dd)	Anlage-bzw. Investmentstiftung.	109
§ 8	Die Rechtsverhältnisse innerhalb der Personalvorsorge.	110
I.	Das Grundverhältnis.	110
1.	Die Basisfunktion des Arbeitsvertrages.	110
2.	Die Bedeutung der arbeitsvertraglichen Fürsorgepflicht des Arbeitgebers.	111
3.	Grundsätzliche rechtliche Trennung von Arbeitsvertrag und Vorsorgeverhältnis.	113
II.	Die Anschlussverhältnisse.	114
1.	Das Rechtsverhältnis bei der unmittelbaren Vorsorgezusage des Arbeitgebers.	114
2.	Die Rechtsverhältnisse bei Direktversicherung des Arbeitnehmers.	117
3.	Die Rechtsverhältnisse bei der Personalvorsorge durch verselbständigte Einrichtungen.	121
a)	Allgemeines.	121
b)	Das Rechtsverhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer.	121
c)	Das Rechtsverhältnis zwischen Personalvorsorgeeinrichtung und Vorsorgebegünstigten (insbesondere Arbeitnehmern).	124
d)	Das Rechtsverhältnis zwischen Arbeitgeber und Personalvorsorgeeinrichtung.	127
e)	Das Rechtsverhältnis zwischen Personalvorsorgeeinrichtung und Versicherer.	129
f)	Das Rechtsverhältnis zwischen Vorsorgebegünstigten und Versicherer.	130
III.	Der Charakter der Rechtsverhältnisse, insbesondere ihr Verhältnis zur Sozialversicherung.	132
1.	Rechtsnatur.	132
2.	Die gesetzlichen Regelungen.	133
3.	Das Verhältnis zur Sozialversicherung.	134
4.	Teil: Die verfassungsrechtliche Verankerung des Drei-Säulen-Prinzips.	137
§ 9	Entstehungsgeschichtlicher Abriss der Verfassungsrevision.	137
I.	Geschichtlicher Ausgangspunkt.	137
II.	Der Ausbau der AHV und die Entwicklung des Drei-Säulen-Prinzips.	138
III.	Politische Vorstösse für eine Verfassungsrevision.	140

Inhaltsverzeichnis

IV. Die Revision von Art. 34i^{uater} BV.	143
V. Würdigung des Entwicklungsganges.	146
1. Langfristige Einflussfaktoren	146
2. Politische Umstände und Gunst der Zeit	149
§ 10 Grundzüge der Verfassungsrevision (Art. 34i^{uater} BV und Art. 11 der Übergangsbestimmungen BV).	151
I. Allgemeine rechtliche Tragweite der Verfassungsbestimmungen	151
1. Notwendigkeit einer Verfassungsrevision?.	151
2. Die neue Form der Verfassungsgrundlage	152
3. Die erhöhte formelle Geltungskraft der Verfassungsnormen.	154
II. Die Drei-Säulen-Konzeption (Abs. 1).	157
III. Die Erste Säule (eidgenössische Versicherung gemäss Abs. 2).	159
IV. Die Ausgestaltung der Zweiten Säule («berufliche Vorsorge» gemäss Abs.3)	161
1. Die Fortsetzung der gewohnten Lebenshaltung (Abs. 3 Satz 1).	161
2. Die Verpflichtungen des Arbeitgebers (Abs. 3 lit. a).	164
a) Versicherungspflicht	164
b) Beitragspflicht	165
3. Mindestanforderungen an die Vorsorgeeinrichtungen (Abs. 3 lit. b).	166
4. Auffangeinrichtung für die Arbeitnehmer (Abs. 3 lit. c).	168
5. Versicherung der Selbständigerwerbenden (Abs. 3 lit. d).	168
6. Die Ansprüche der Eintrittsgeneration (Artikel 11 Abs. 2 Übergangsbestimmungen BV).	170
7. Das Verhältnis zwischen Erster und Zweiter Säule (Abs.4).	173
V. Die Dritte Säule (Selbstvorsorge gemäss Abs. 1 und 6).	174
5. Teil: Die Personalvorsorge nach dem Inkrafttreten des BVG	179
1. Kapitel: Werdegang und Zielsetzung des BVG sowie Grundzüge seiner Verwirklichung	179
§ 11 Entstehungsgeschichte des BVG und Überblick über weitere massgebende Rechtsnormen	179
I. Der Werdegang des BVG.	179
1. Vorparlamentarische Arbeiten	179
2. Die Beratungen im Nationalrat	182
3. Die Beratungen im Ständerat	182
4. Differenzbereinigungsverfahren und Verabschiedung des Gesetzes.	186
II. Die Verordnungen zum BVG.	187
1. Übersicht über den heutigen Stand des Ordnungsrechts.	187
2. Das Verhältnis von BVG und Verordnungen zueinander.	188
a) Der Umfang des Ordnungsrechts	189
b) Der Erlass des Ordnungsrechts.	194

III. Die sonstigen Rechtsnormen	196
1. Übersicht	196
a) Bundesrecht	196
b) Kantonales Recht	197
c) Recht der öffentlichrechtlichen Vorsorgeeinrichtungen	198
2. Das Verhältnis des BVG (inkl. Verordnungen) zu den sonstigen Rechtsnormen	199
§ 12 Zielsetzung des BVG und Grundzüge der Verwirklichung	201
I. Das Grundelement des BVG	201
1. Die Altersgutschriften	201
2. Altersgutschriften und Vorsorgeleistungen	202
3. Altersgutschriften und Beitragsleistungen	203
4. Staffelung der Altersgutschriften	205
II. Die Zielsetzung des BVG	207
III. Abweichungen für die Eintrittsgeneration	212
1. Allgemeines	212
2. Mindestleistungen in der Übergangszeit (Art. 33 BVG)	214
3. Sonderbestimmungen der Vorsorgeeinrichtungen (Art. 32 Abs. 1 BVG)	222
4. Die Bedeutung der Ansprüche aus vorobligatorischen Vorsorgeverhältnissen (Art. 32 Abs. 2 BVG).....	226
IV. Die Regelung des Teuerungsausgleichs	229
1. Allgemeines	229
2. Der Teuerungsausgleich auf Invaliden- und Hinterlassenenrenten	230
3. Der Teuerungsausgleich auf Altersrenten	231
V. Gesetzgebung in Etappen	233
1. Allgemeines	233
2. Beurteilung hinsichtlich der Mindestleistungen gemäss Art. 33 BVG	235
3. Beurteilung hinsichtlich der Massnahmen nach Art. 32 Abs. 1 BVG	237
4. Beurteilung hinsichtlich des Teuerungsausgleiches	238
5. Rechtliche Beurteilung der Etappenlösung	240
2. Kapitel: Der Geltungsbereich des BVG	244
§ 13 Der sachliche Geltungsbereich des BVG	244
I. Der Aufgabenbereich der Vorsorge nach BVG	244
1. Die gesetzlichen Aufgaben im einzelnen	244
2. Mindestrahmen und Mindestbedingungen der Aufgabenerfüllung	246
a) Inhalt und Wirkungen gesetzlicher Mindestvorschriften	246
b) Das Günstigkeitsprinzip	247
aa) Zweck	247
bb) Anwendungsbereich	248
cc) Günstigkeitsvergleich	251
3. Rechtsanwendung	252
II. Weitere und erweiterte Aufgabenbereiche nach Reglement	252
1. Allgemeine Umschreibung und Abgrenzung gegenüber dem BVG-Aufgabenbereich	252

Inhaltsverzeichnis

2.	Erweiterter Aufgabenbereich der Vorsorge nach BVG.	253
a)	Varianten der Erweiterung.	253
b)	Rechtsanwendung.	254
aa)	Bei zugleich am Obligatorium teilnehmenden Vorsorgeeinrichtungen.	254
bb)	Bei nicht am Obligatorium teilnehmenden Vorsorgeeinrichtungen.	256
3.	Weitere Aufgabenbereiche ausserhalb der Vorsorge nach BVG.	257
a)	Inhalte der weiteren Aufgabenbereiche.	257
b)	Rechtsanwendung.	258
aa)	Bei am Obligatorium teilnehmenden Vorsorgeeinrichtungen.	258
bb)	Bei nicht am Obligatorium teilnehmenden Vorsorgeeinrichtungen.	258
III.	Die berufliche Vorsorge und die Personalvorsorge.	260
§ 14	Der persönliche Geltungsbereich des BVG.	261
I.	Unterstellung von Arbeitnehmern.	261
1.	Der Grundsatz des Obligatoriums.	261
2.	Der Begriff des Arbeitnehmers.	262
3.	Altersmässige Voraussetzungen.	265
4.	Lohnmässige Voraussetzungen.	266
5.	Befreiung bestimmter sonstiger Arbeitnehmerkategorien.	268
a)	Arbeitnehmer, die im Ausland eine Erwerbstätigkeit ausüben.	268
b)	Arbeitnehmer ausländischer Botschaften und internationaler Organisationen in der Schweiz.	270
c)	Arbeitnehmer, die im Ausland genügend versichert sind.	270
d)	Personen, die im Sinne der Invalidenversicherung zu mindestens % invalid sind.	276
e)	Arbeitnehmer in befristeten Arbeitsverhältnissen.	276
f)	Nebenberuflich tätige Arbeitnehmer.	277
g)	Familienglieder des Betriebsinhabers in einem landwirtschaftlichen Betrieb.	278
6.	Freiwillige Versicherung.	278
a)	Der rechtliche Gehalt der Freiwilligkeit.	278
b)	Der Kreis der freiwillig Unterstellten.	281
aa)	Grundsätzliche Eingrenzungskriterien.	281
bb)	Die Arbeitnehmerkategorien im einzelnen.	282
aaa)	Arbeitnehmer im Dienste mehrerer Arbeitgeber, die bei keinem Arbeitgeber dem Obligatorium unterstellt sind.	282
bbb)	Arbeitnehmer im Dienste mehrerer Arbeitgeber, die bezüglich des Lohnes bei einem ihrer Arbeitgeber dem Obligatorium unterstehen.	283
ccc)	Arbeitnehmer, die nach mindestens sechsmonatiger Zugehörigkeit zur obligatorischen Versicherung aus derselben ausscheiden.	283
ddd)	Schweizerbürger, die als Grenzgänger im Ausland arbeiten.	284
eee)	Schweizerbürger, die dauernd im Ausland wohnen und arbeiten.	284
fff)	Arbeitnehmer ausländischer Botschaften und internationaler Organisationen in der Schweiz.	284
ggg)	Familienglieder von Inhabern eines landwirtschaftlichen Betriebes.	285
II.	Die Selbständigerwerbenden.	285
1.	Grundsatz der Nichtunterstellung.	285
2.	Der Begriff des Selbständigerwerbenden.	287
3.	Freiwillige Unterstellung.	288
4.	Ausdehnung des Obligatoriums auf Selbständigerwerbende.	289
III.	Die berufliche Vorsorge und die Personalvorsorge.	292

§ 15	Der zeitliche Geltungsbereich des BVG	293
	I. Allgemeine Abgrenzungsproblematik in zeitlicher Hinsicht	293
	1. Die Inkraftsetzung des BVG und seiner Ausführungserlasse	293
	2. Erlass und Aufgabe von Übergangsbestimmungen	294
	II. Grundsatz der Nichtrückwirkung	295
	1. Echte und unechte Rückwirkung	295
	2. Garantie erworbener Rechte (Art. 91 BVG)	295
	a) Allgemeines	295
	b) Die Rechte im einzelnen	296
	c) Der «Erwerb» der Rechte	297
	d) Intertemporalrechtliche Würdigung	299
	3. Ausnahmefälle der Rückwirkung	304
	4. Besondere Fragen	308
	a) Beitragsreserven des Arbeitgebers (Art. 331 Abs. 3 2. Halbsatz OR)	308
	b) Die Freizügigkeitsordnung in öffentlichen Pensionskassen (Art. 342 Abs. 1 lit. aOR)	311
	c) Die Behandlung der bei Inkrafttreten des BVG bestehenden Kollektivversicherungsverträge	314
	III. Provisorische Registrierung	319
	IV. Provisorischer Anschluss des Arbeitgebers	321
	V. Übergangsordnung für die Altersgutschriften	321
3.	Kapitel: Die organisatorische Durchführung des BVG	322
§ 16	Organisatorische Grundprinzipien	322
	I. Die Idee der Integration	322
	II. Numerus clausus der Rechtsformen	324
	III. Pflicht zur Verselbständigung	326
	IV. Prinzip der paritätischen Verwaltung	328
§ 17	Organisatorische Träger	331
	I. Die Registrierung der Vorsorgeeinrichtungen	331
	1. Funktion und Inhalt des Registers	331
	2. Gesuch und Aktenvorlage	332
	3. Rechtlicher Charakter der Registrierung	333
	4. Übergang von der provisorischen zur definitiven Registrierung	335
	II. Verschiedene Träger im Überblick	337
	1. Allgemeines	337
	2. Autonome Pensionsversicherungskassen	338
	3. Pensionskassen mit Gruppenversicherung	339
	4. Spareinlegerkassen	339

5. Wohlfahrtsfonds	340
6. Gemeinschafts- und Sammelstiftungen	341
7. Verbandsvorsorgeeinrichtungen	342
8. Anlage- oder Investmentstiftungen	344
9. Dachstiftungen	345
§ 18 Das System der Mitwirkung in der paritätischen Verwaltung	346
I. Juristische Grundmerkmale der paritätischen Verwaltung	346
1. Die paritätische Verwaltung als Form der Mitbestimmung	346
2. Die paritätische Verwaltung als Form repräsentativer («demokratischer») Mitwirkung	347
3. Die paritätische Verwaltung als betriebliche Konstitution	348
II. Rechtliche Zuordnung der Mitwirkungsrechte	349
1. Die Vorsorgeeinrichtung als primäre Bezugsgrösse	349
2. Die Unternehmung des Arbeitgebers als weitere Bezugsgrösse	350
3. Die Stellung des Arbeitgebers	351
a) Mitwirkungsrechte des Arbeitgebers?	351
b) Die Vertretung des Arbeitgebers	353
c) Die Selbständigerwerbenden	354
d) Vertretung des Arbeitgebers durch Dritte?	355
4. Die Stellung der Arbeitnehmer	356
a) Die Arbeitnehmerschaft als Träger der Mitwirkungsrechte	356
b) Die Vertretung der Arbeitnehmerschaft	358
c) Das Wahlverfahren	359
d) Vertretung der Arbeitnehmerschaft durch Dritte?	362
III. Die Mitwirkungsrechte der Arbeitnehmer im einzelnen	368
1. Die Mitwirkungsrechte als Teil des betrieblichen Organisationsrechts	368
2. Die Mitwirkungsrechte als inhaltsbestimmende Rechte betrieblicher Entscheidungstätigkeit	368
a) Die Form der Mitwirkung	369
b) Das Verfahren der Beschlussfassung, insbesondere das Problem des Stichtagsentscheides	371
c) Gegenstand und Organ der Mitwirkung	377
d) Delegation von Verwaltungsbefugnissen?	379
3. Der personale Charakter der Mitwirkungsrechte	381
4. Die Informationsrechte gemäss Art. 331 Abs. 4 OR und Art. 89 ^{bis} Abs. 2 ZGB	382
5. Die Mitwirkung bei der Wahl der Vorsorgeeinrichtung	386
§ 19 Rechtliche Ausstrahlungen aus dem System der Mitwirkung in der paritätischen Verwaltung	388
I. Die Rechtsgestaltung in der Vorsorgeeinrichtung	388
1. Rechtsetzung anstelle individualrechtlicher Regelung	388
2. Betriebliches Satzungsrecht als privates Recht	390
3. Zusammenhang und Abgrenzung zwischen betrieblichem Satzungsrecht und BVG	392

II. Rechtsposition und Verantwortlichkeit der Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertreter in der Vorsorgeeinrichtung	397
1. Die Rechtsposition der Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertreter	397
2. Die Verantwortlichkeit (Haftung) der Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter.	401
a) Allgemeines.	401
b) Die Verantwortlichkeit der Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertreter gegenüber der Vorsorgeeinrichtung.	402
c) Die Verantwortlichkeit der Vorsorgeeinrichtung sowie der Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertreter gegenüber Dritten.	403
d) Unterschiedlicher Verschuldensmasstab für Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertreter?.	405
III. Interne Kontrollen der Vorsorgeeinrichtung (Kontrollstelle und anerkannter Experte).	409
1. Herkommen und Aufgaben.	409
2. Die Rechtsstellung	410
a) Sachverständigenfunktion.	410
b) Auftragsrechtliche Verbundenheit	412
c) Organisatorische Einordnung in die Vorsorgeeinrichtung	413
3. Das Verhältnis zur Aufsichtsbehörde.	414
IV. Externe Kontrolle und ihre Grenzen (Aufsichtsbehörden).	417
1. Zuständigkeit	417
2. Rechtsnatur.	418
3. Legitimation.	419
4. Autonomie der Vorsorgeeinrichtungen und externe Kontrolle.	419
5. Schwerpunkte einer Eingrenzung der externen Kontrolle.	421
a) Grundsätzlich repressive Kontrolle.	421
b) Rechtskontrolle.	423
c) Ermessenskontrolle.	424
d) Steuerliche Aspekte.	426
§ 20 Sicherheitsfonds und Auffangeinrichtung	427
I. Allgemeines.	427
II. Aufgaben.	427
III. Rechtsnatur.	428
1. Hinsichtlich Errichtung und Organisation.	428
2. Hinsichtlich der Rechtsbeziehungen zu den Destinatären und sonstigen Vorsorgebeteiligten.	429
a) Allgemeines.	429
b) Öffentliche und übertragene Aufgaben des Bundes.	430
c) Verfügungskompetenz.	431
IV. Verantwortlichkeit	434
V. Kontrolle.	436

4. Kapitel: Die einzelnen Rechtsbeziehungen unter den Vorsorgebeteiligten, mit besonderer Berücksichtigung des Verhältnisses zwischen Arbeitsvertrag und Personalvorsorge.	439
§ 21 Die einzelnen Rechtsbeziehungen unter den Vorsorgebeteiligten	439
I. Allgemeines.	439
II. Die verschiedenen Rechtsverhältnisse im einzelnen.	440
1. Die Rechtsbeziehung zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber.	440
2. Die Rechtsbeziehung zwischen Vorsorgeeinrichtung und Vorsorgebegünstigten.	440
a) Im obligatorischen Aufgabenbereich der Vorsorgeeinrichtung.	440
b) Im erweiterten und weiteren Aufgabenbereich der Vorsorgeeinrichtung	443
c) Im Rahmen der freiwilligen Versicherung nach BVG.	445
d) Würdigung im Lichte des Mitbestimmungs- und Konsensprinzips.	446
3. Die Rechtsbeziehung zwischen Arbeitgeber und Vorsorgeeinrichtung.	451
a) Im obligatorischen Aufgabenbereich der Vorsorgeeinrichtung.	451
b) In erweiterten und weiteren Aufgabenbereichen der Vorsorgeeinrichtung	454
c) Neue Aspekte der Beitragsordnung.	455
d) Abtretung von Arbeitgeberforderungen zur Verrechnung.	459
4. Die Rechtsbeziehung zwischen Vorsorgeeinrichtung und Versicherer.	465
5. Die Rechtsbeziehung zwischen den Vorsorgebegünstigten und dem Versicherer.	466
III. Gesamtbeurteilung der Rechtsbeziehungen, namentlich im Lichte der Integrationsidee.	467
1. Objektives Recht und vertragliche Regelungen.	467
2. Der Gesichtspunkt der Integration.	467
§ 22 Die Rechtsbeziehungen zwischen Arbeitsvertrag und Personalvorsorge (insbesondere Vorsorgeverhältnis).	469
I. Allgemeines.	469
II. Rechtsbeziehungen beim Abschluss des Arbeitsvertrages	469
1. Vorsorgepflicht des Arbeitgebers.	469
a) Die Rechtsbeziehungen beim Abschluss des Arbeitsvertrages vor dem Anschluss des Arbeitgebers an die Vorsorgeeinrichtung.	469
b) Rechtsbeziehungen beim Abschluss des Arbeitsvertrages nach dem Anschluss des Arbeitgebers an die Vorsorgeeinrichtung.	471
c) Rechtsbeziehungen insbesondere beim Eintritt von Vorsorge- oder Freizügigkeitsfällen vor dem Anschluss des Arbeitgebers an eine Vorsorgeeinrichtung.	472
2. Ausnahmen von der Vorsorgepflicht aufgrund besonderer Gestaltung des Arbeitsvertrages.	473
a) Unvollständige vertragliche Abmachung und Abschlussvermutung nach Art. 320 Abs. 2 OR.	473
b) Besondere inhaltliche Gestaltung des Arbeitsvertrages.	475
aa) Lohn	475
bb) Vertragsdauer	477
cc) Arbeitsort	479
dd) Berufliche Nebentätigkeit	480
3. In erweiteren und weiteren Aufgabenkreisen der Personalvorsorge.	482

III. Rechtsbeziehungen während der Dauer des Arbeitsvertrages.	484
1. Lohnhöhe und Beitragspflicht	484
2. Die Auswirkungen auf den Arbeitsvertrag bei Eintritt eines Invaliditätsfalles	488
a) Allgemeines	488
b) Die Auswirkungen bei vorübergehender Invalidität	492
c) Die Auswirkungen bei teilweiser Invalidität	493
d) Die Auswirkungen bei vollständiger Invalidität	494
e) Im erweiterten Aufgabenbereich der Invalidenvorsorge	497
3. Arbeitsvertrag und paritätische Verwaltung	498
IV. Rechtsbeziehungen bei Beendigung des Arbeitsvertrages.	500
1. Beendigung des Arbeitsvertrages bei Eintritt eines Vorsorgefalles	500
a) Altersvorsorge	500
aa) Gesetzliche Grundregel (Art. 13 Abs. 1 BVG)	500
bb) Die Bedeutung des Schlussalters für den Arbeitsvertrag	501
cc) Weiterarbeit über das Schlussalter hinaus	502
dd) Die vorzeitige Pensionierung	504
ee) Erweiterter Aufgabenbereich der Altersvorsorge	506
b) Hinterlassenenvorsorge	507
aa) Gesetzliche Grundregel (Art. 22 Abs. 1 BVG)	507
bb) Todesfälle ehemaliger Arbeitnehmer	507
cc) Todesfälle von Arbeitnehmern im Arbeitsverhältnis	508
dd) Erweiterter Aufgabenbereich der Hinterlassenenvorsorge	509
2. Beendigung des Arbeitsvertrages ohne Eintritt eines Vorsorgefalles	510
a) Freizügigkeit und Barauszahlungsverbot	510
b) Der Konnex zwischen Beendigung des Arbeitsvertrages und Entstehung des Freizügigkeitsanspruchs	512
c) Der Umfang des Freizügigkeitsanspruchs	515
d) Massgeblichkeit der zur Beendigung des Arbeitsvertrages führenden Gründe	517
aa) Grundsatz	517
bb) Massgeblichkeit hinsichtlich des Umfanges des Freizügigkeitsanspruchs	518
aaa) Bei Kündigung des Arbeitsvertrages aus wirtschaftlichen Gründen?	518
bbb) Bei Kündigung des Arbeitsvertrages kurz vor dem Schlussalter des Arbeitnehmers?	521
cc) Massgeblichkeit hinsichtlich der Zwecksicherung oder Barauszahlung des Freizügigkeitsanspruchs	524
aaa) Grundsätzliche Zusammenhänge	524
bbb) Die Barauszahlungsfälle im einzelnen	526
1. Die endgültige Ausreise aus der Schweiz (Art. 30 Abs. 2 lit. a BVG, Art.331cAbs.41it. b Ziff. 1 OR)	526
2. Die Aufnahme einer selbständigen Erwerbstätigkeit (Art. 30 Abs. 2 lit. b BVG, Art. 331c Abs. 4 lit. b Ziff. 2 OR)	526
3. Aufgabe der Erwerbstätigkeit einer verheirateten bzw. vor der Heirat stehenden Frau (Art.30 Abs.2 lit. c BVG; Art.331c Abs. 4 lit. b Ziff. 3 OR)	528
3. Das Verhältnis zwischen Personalvorsorgeleistungen und Abgangsschädigung	529
a) Die rechtliche Grundlage der Abgangsschädigung	529
b) Der Zweck der Abgangsschädigung	529
c) Die Anrechenbarkeit von Personalvorsorgeleistungen an die Abgangsschädigung	530
V. Fürsorgepflicht des Arbeitgebers als natürliche Brücke zwischen Arbeitsvertrag und Personalvorsorge	533
1. Grundsätzliches zur Fürsorgepflicht	533
2. Konkretisierung der Fürsorgepflicht innerhalb der Personalvorsorge	535

Rechtsfolgen bei Verletzung der Fürsorgepflicht	537
a) Erfüllungsanspruch	537
b) Schadenersatzanspruch	537
c) Weitere Rechtsfolgen	539
Eingrenzung der Fürsorgepflicht durch Verselbständigung des Vorsorgeträgers und Trennung zwischen Vorsorgeverhältnis und Arbeitsvertrag	539
a) Regelungspunkte der Personalvorsorge im Arbeitsvertrag	539
b) Der rechtliche Stellenwert solcher Regelungspunkte	540
§ 23 Die Personalvorsorge und das Wesen des Arbeitsvertrages	543
I. Der Begriff des Arbeitsvertrages.	543
1. Definition	543
2. Die einzelnen Begriffsmerkmale.	544
a) Leistung von Arbeit	544
b) Zeitliches Merkmal	544
c) Lohn	545
d) Abhängigkeit und Unterordnung	546
II. Die Personalvorsorge und die begriffswesentlichen Elemente des Arbeitsvertrages	546
1. Allgemeines	546
2. Die grundsätzlichen Unterschiede zwischen der Personalvorsorge und den begriffswesentlichen Elementen des Arbeitsvertrages.	547
a) Der soziale Charakter der Personalvorsorge.	547
b) Der personale Charakter der Personalvorsorge.	552
c) Der Gemeinschaftsgedanke in der Personalvorsorge.	554
3. Der Arbeitsvertrag als personenrechtliches Gemeinschaftsverhältnis?	557
III. Die Personalvorsorge als Folge des Arbeitsvertrages.	561
1. Allgemeines	561
2. Die Abhängigkeit des Arbeitnehmers.	561
3. Der im Arbeitsverhältnis verkörperte Lebenssachverhalt des Arbeitnehmers	563
4. Der Interessengegensatz im Arbeitsvertrag	565
5. Kapitel: Die Personalvorsorge im Rahmen der schweizerischen Sozialversicherung	567
§ 24 Kriterien und Grenzen einer Zuordnung zur Sozialversicherung	567
I. Allgemeines.	567
II. Die Personalvorsorge im Obligatoriumsbereich.	568
1. Bundesaufgabe.	568
2. Öffentlichrechtliche Ausgestaltung des Versicherungsverhältnisses.	569
3. Sozialversicherungserichtbarkeit.	572
4. Versicherung sozialer Risiken.	574
5. Bestimmung der Versicherungsträger.	574
6. Entstehung des Versicherungsverhältnisses.	576
7. Bestimmung des Versichertenkreises.	578
8. Bestimmung der Versicherungsleistungen.	578

9. Ordnung der Finanzierung	579
10. Funktioneller Zusammenhang mit der Ersten Säule (AHV/IV)	581
11. Ergebnis	583
III. Die Personalvorsorge in erweiterten und weiteren Aufgabenbereichen	584
IV. Die sog. freiwillige Personalvorsorge nach BVG.	588
25 Einwirkungen sozialversicherungsrechtlicher Züge der Personalvorsorge auf das Arbeitsverhältnis.	590
I. Allgemeines	590
II. Aspekte der Einwirkungen	591
1. Öffentliches Sozialversicherungsrecht gegen privates Arbeitsrecht	591
2. Sicherung des Arbeitnehmers.	592
3. Eingrenzung der Fürsorgepflicht des Arbeitgebers.	593
4. Milderung der Abhängigkeit des Arbeitnehmers.	595
5. Komplizierung in rechtlicher, administrativer und technischer Hinsicht	597
6. Einschränkung individueller Gestaltungsmöglichkeit	599
III. Würdigung und rechtspolitische Schlussfolgerung	600